Rede von Felix Thier, Fraktionsvorsitzender, zur Beschlussfassung des Haushaltes 2026 auf der Sitzung des Kreistages am 15. Dezember 2025

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Frau Landrätin, Herr Vorsitzender, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

erlauben Sie einige Worte vorab als Reaktion auf meine Vorrednerin von der AfD. Frau Bessin, für eine Partei, die dieses Land regieren, ja sogar allein regieren will, sind dann bewusst keinerlei Anträge zum Haushaltsentwurf schwach. Das zeigt aber auch ein Verständnis von Verantwortungsbewusstsein und Regierungsfähigkeit.

Und Herr Stohn, mal beschreiben Sie im Namen der Fraktion SPD/Grüne den Landkreis Teltow-Fläming als Tanker, heute nun als flotte Korvette. So oder so aber als Schiff in schwierigem Fahrwasser. Ich will festhalten, dass, egal welches Schiff, maßgeblich auch das zu befahrende Gewässer entscheidet. Und da muss sowohl in Teltow-Fläming wie auch im Land die Rahmenbedingung des zu befahrenden Gewässers stimmen. Und da liefert weder die Bundes- noch die Landespolitik genug!

Verehrte Damen und Herren,

die Haushaltsdiskussion begann in diesem Jahr mit einem Paukenschlag – die Landrätin stellte ihren Haushaltsentwurf fest, der nicht die 44,5 Prozent Kreisumlage festlegte, wie vom Kämmerer aufgestellt, sondern ein Prozent weniger. Wie im Redebeitrag der Landrätin bei der Einbringung der Eckpunkte im Kreistag nachlesbar, hatte sie ihren Vorschlag bereits im Aufstellungsprozess an den Kämmerer gegeben – nur – der Kämmerer wollte nicht.

Mutig, Frau Landrätin und Dank an Ihr Haus, welches Ihnen den Rücken stärkte und lieferte - auch wenn den Bürgermeister*innen bei der Anhörung im Haushaltsausschuss das keine Erwähnung wert war und zwei Kreistagsmitglieder dort ebenso nicht verstehen konnten, wie und warum der Gürtel noch enger geschnallt werden musste. Sondern im Gegenteil noch die ein Prozent Senkung der Kreisumlage zur Entlastung der Kommunen hinterfragten!

Aber so richtig unzufrieden war dann doch keine Fraktion, denn ein Antrag zur Erhöhung der Kreisumlage wurde von niemandem eingebracht. Meine Fraktion hätte diesen abgelehnt.

Die Anhörung der beiden Bürgermeister im Ausschuss empfand ich aus der Sicht eines Kreistagsabgeordneten auch nicht immer auf Augenhöhe. Ich hatte stellenweise den Eindruck, dass hier nach dem Motto: „Wascht EUCH, aber macht UNS nicht nass." argumentiert wurde. Dazu waren ja auch schon diverse Äußerungen aus den Parteikreisen des Bürgermeisters aus Ludwigsfelde zu lesen. So startete sein Ludwigsfelder SPD-Fraktionsvorsitzende eine Petition gegen Landrätin und Kämmerer, da diese vorhätten, die Rufbusse im ländlichen Raum abzuschaffen. Wohlgemerkt kommt das aus der Partei, die seit 35 Jahren dafür sorgt, dass der kommunale ÖPNV und selbst der Schülerverkehr in Brandenburg nicht ausfinanziert sind!

Und alles nur, um das zeitlich befristete „Modellprojekt Rufbus Stadt Ludwigsfelde und eigene Ortsteile" zu den Konditionen, die Ludwigsfelde diktiert, durchzusetzen. Ich habe den Eindruck, einige Kommunalpolitiker sollten noch einmal die Bedeutung des Wortes „Verhandlungen" nachschlagen. Denn Verhandlungen sollten Verhandler führen, und nicht von außen Haltelinien diktiert bekommen.

Denn mittlerweile gibt es nun auch noch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde auf Antrag der Bürgermeisterfraktion dazu. Darin enthalten: die Aufforderung an den Bürgermeister, die differenzierte Kreisumlage zu prüfen. Meiner Frage an den Bürgermeister im Haushaltsausschuss, was damit gemeint sein soll – einseitige Kürzung der Kreisumlage etwa? – wurde ausgewichen.

Bei aktuell 10 Millionen Euro Kassenbestand in Ludwigsfelde, die 2027 einmalig auf 5 Millionen Euro durch die Schulbauprojekte sinken werden, aber bis 2029 auf über 16 Millionen Euro wieder ansteigen, sind 90.000 Euro zur Sicherung bzw. Weiterführung des Rufbusses in Ludwigsfelde nicht möglich? Wir sprechen hier bei diesen Millionen Euro vom Kassenbestand – also liquiden Mitteln - und nicht wie in unserem Kreishaushalt von Kassenkredit, der im Jahr 2025 fast dauerhaft die 20 Millionen-Minus-Marke überzeichnete. Der Landkreis hat nicht nur schlechthin eine Finanznot, sondern eine Liquiditätsnot!
Deshalb werden wir auch die Anträge der SPD für neue freiwillige Leistungen und externe Beratungsleistungen ablehnen – zumal das Innenministerium ja neue freiwillige Leistungen in Zeiten unserer Haushaltssicherung eh untersagt hat.

Wegen Haushaltssicherung, fehlender Liquidität aber vor allem, weil der Landkreis eine Ausgleichs- und nicht eine Geldgeberfunktion hat, kann auch der Landkreis – anders als beim Weiße-Flecken-Programm – nicht mehr die Eigenanteile von Ludwigsfelde für den Breitbandausbau übernehmen. Auch deshalb sieht das Bundesprogramm vor, dass in die Berechnung die Steuermesskraft der Kommunen zwingend einzubeziehen ist. Zu Recht sind daher die strukturschwache ländliche Region Amt Dahme/Mark, Niedergörsdorf und Nuthe-Urstromtal von Eigenanteilen befreit.

Nein, der Rufbus im ländlichen Raum steht nicht in Frage und der Landkreis nimmt auch zukünftig seine Aufgabe sehr ernst, alle Teilräume gleichermaßen an die zentralen Orte und Berlin anzubinden, um die Lebensqualität in allen Teilen zu verbessern.

Unsere Aufgabe als Kreistagsmitglieder aber ist – denn wir wurden durch das Gesetz auf das Wohl des Landkreises und all seiner Kommunen verpflichtet, nicht auf das Wohl einzig unserer Heimatkommune: Fokus auf die unterversorgten Regionen, gleiche Lebensqualität überall als Ziel. Das heißt, auch die Grundversorgung ist zu sichern und deshalb sind Niedergörsdorf und weitere Gemeinden vom Rufbus finanziell freigestellt. Ich bin gespannt auf die zugesagte Evaluierung durch die Landrätin und die Diskussion im Kreistag und mit den kreisangehörenden Kommunen. Insofern ist die Frage von Herrn Bürgermeister Igel, zur „in den Medien und auch im Kreistag fehlenden Strategie" im Leitbild des Landkreises längst und klar beantwortet: Sparen mit Augenmaß, kein Todsparen und kein Kahlschlag bei der Daseinsvorsorge und den freiwilligen Leistungen!

Deshalb bekommen durch die gemeinsam vereinbarten Kriterien zur Abwägung der Kreisumlage Niedergörsdorf und weitere Kommunen seit Jahren Abmilderungsbeiträge zur Kreisumlage. Meine Fraktionskollegen in anderen Landkreisen kennen das gar nicht. Für 2026 sind diese Abmilderungen 1 Million Euro groß. Zu finden ist dies in den Dokumenten, ich denke mir das nicht aus!

Wie dort auch nachzulesen ist, dass die 800.000 Euro, die das Land jährlich jeweils für ein Mittelzentrum für dessen Umlandfunktion ausreicht – also bei uns für Ludwigsfelde, Luckenwalde, Jüterbog, Zossen und Blankenfelde-Mahlow – nicht einbezogen werden in die Berechnung der freiwilligen Leistungen. Und wie der ÖPNV beim Landkreis bei der Berechnung der freiwilligen Leistungen außen vor bleibt, so sind es die Bauhöfe bei den kreisangehörenden Kommunen. Was ist da nicht auf Augenhöhe?

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Landkreis auch über seine Kultur- und Sportförderrichtlinie und für soziale Projekte und Ehrenamtsprojekte die Unterstützung von Vereinen und Verbänden in den kreisangehörenden Kommunen sichert.

Und deshalb Frau Landrätin, wenn die Ausschüttungsmittel aus den Zuwendungen der Sparkasse erhöht werden sollten, wäre es aus unserer Sicht richtig, die Etats für Kultur, Sport und Soziales zu erhöhen.

Wo wir die Kritik der Bürgermeister*innen unterstützen, ist bei der Mittelfristplanung der Kreisumlage. Hier, Herr Ferdinand, muten Sie uns mit Ihrem „Zaubertrank" gehörig was zu. Sie nehmen in den Kessel von den Kommunen 45 Prozent Kreisumlage, das für zwei Jahre, streuen Aufwandskürzungen von 1,5 Millionen Euro je Jahr bei den Personalkosten des Landkreises dazu, die jetzt schon für 167 Stellen nicht ausfinanziert sind, rühren einmal kräftig um

und siehe da, wir sind 2029 aus der HH-Sicherung raus?! Die Kreisumlage unterliegt doch aber dem Jährlichkeitsprinzip und nicht einer Milchmädchenrechnung! Wir fordern eine reale Mittelfristplanung und klare Darstellung wie und wann wir wieder dauerhaft leistungsfähig sind.

Und ja, die Widersprüche zur Kreisumlage ... Da hören wir vom Ludwigsfelder Bürgermeister, das sei eben so – hier sei man sich bei den Bürgermeister*innen nicht einig und im Übrigen entscheiden darüber ja die jeweiligen Kommunalparlamente. Hallo? Das lässt man so laufen? Nicht mal die Einsicht, dass man wenigstens nicht die Gesamtbeträge der Kreisumlage, sondern nur Teilbeträge strittig stellt? Wo ist hier die eingeforderte Augenhöhe? Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist keine Einbahnstraße. Und Entschuldigung, liebe Bürgermeister*innen, wer bringt und brachte denn die Widersprüche als Beschlussvorlage in Ihre jeweiligen Kommunalparlamente ein?!

Ich bin der scheidenden Bürgermeisterin meiner Heimatstadt sehr dankbar, dass sie sich an diesem Spielchen nie beteiligt hat und mich als Stadtverordneten mit solchen Vorlagen der Entsolidarisierung mit dem Landkreis verschont hat.
Und was soll in einer solchen Konstellation die Landrätin oder der Kämmerer im jeweiligen Kommunalparlament denn bei einem von anderer Stelle empfohlenen Besuch denn erklären? Fehlen tut hier die Bereitschaft der Bürgermeister*innen. Ohne die geht es nicht.

Die Darlegungen des Vertreters der Bürgermeister-Arbeitsgruppe vor dem Haushaltsausschuss zur Fehlbetragsfinanzierung hinterließen bei mir einen fahlen Beigeschmack. Man blendet gänzlich aus, dass der Landkreis damit Aufgaben und Leistungen für Bürgerinnen und Bürger in den Orten der kreisangehörigen Kommunen leistet! Schulneubauten, ständig steigende Schulkostenbeiträge der Kommunen, die wir tragen – dahinter stehen Kinder und Jugendliche. Von den steigenden Soziallasten ganz zu schweigen. Ich erinnere hier auch noch einmal daran: Der Landkreis hat keine eigene Steuerkraft!

Deshalb, Herr Ferdinand, fordern wir für die Haushaltsdiskussion 2027 klare Darlegung:
- der Summen und wo die Gelder aus dem Haushalt für Aufgaben und Leistungen in den Kommunen hingehen;
- Wo und welche Aufwendungen lasten auf unserem Haushalt durch die fehlende Ausfinanzierung von Bund und Land;
- Aufstellung einer realitätsbezogenen Mittelfristplanung und konkrete Herleitung zur Wiedererlangung der dauernden Leistungsfähigkeit;
- Transparenz und Offenheit bei der Abwägung zur Festsetzung der Kreisumlage und zu den Rahmenbedingungen – sprich Orientierungsdaten – sowohl des Landkreises als auch der Kommunen; Das bedingt eine klare Darstellung der eigenen Konsolidierungsbeiträge beispielsweise auch durch die Nutzung von Förderprogrammen, wie zu den Kreisstraßen, Sportstätten, zum Brandenburg-Paket, zum Sonderinfrastrukturprogramm.

Und abschließend, Herr Ferdinand: Was wir Ihnen nicht noch einmal durchgehen lassen werden ist, dass Sie Beschlüsse des Kreistages missachten. Grundlage für Fortschreibungen von Maßnahmen ist das Haushaltssicherungskonzept 2025 bis 2028, dass mit dem heutigen Beitrittsbeschluss durch das Innenministerium genehmigt ist.

Meine Fraktion hat Vertrauen in diesen Haushalt, weil wir wissen, dass er durch die Fachämter mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein erstellt wurde und uns so durch die Landrätin übergeben wurde. Dafür danken wir der Verwaltung.

Und wir sehen auch, dass den Kommunen, entgegen der Fassung des Kämmerers, mehr Geld gelassen wird. Allein die Stadt Ludwigsfelde hat so gut 600.000 Euro mehr!

Dieser Haushalt schmerzt. Aber die Gründe dafür liegen bei Bundes- und Landespolitik, nicht in Teltow-Fläming. Wir stimmen dem Haushalt 2026 daher zu.